



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 06.07.2024 in Ispringen

Resolution zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Sicherung der Patientenversorgung

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut der Resolution:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert die Bundesregie-
2 rung und den Bundestag auf, Reformen im Gesundheitswesen auf Basis folgender
3 Grundsätze zu gestalten:

4

1. Erhalt freier Praxisstrukturen

6

7 Freiberuflich selbstständige Praxen sichern in eigenverantwortlichem Einsatz von Ka-
8 pital und Wissen die zahnmedizinische Versorgung.

9 Freie Arzt- und Therapiewahl sind hierbei die Grundvoraussetzung.

10

2. Klares Bekenntnis zur Selbstverwaltung

12

13 Die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen zahnärztlicher Berufsausübung gehört
14 vollumfänglich in die seit Jahrzehnten bewährten eigenverantwortlichen Hände des
15 zahnärztlichen Berufsstandes.

16

3. Budgetierungen unverzüglich abschaffen

18

19 Definierte Ausgabenvolumina und damit gewollte Leistungssteuerung durch finansi-
20 elle Sanktionen seitens der Politik sind für einen freiberuflichen Heilberuf völlig inak-
21 zeptabel und sichern nicht den tatsächlichen Versorgungsbedarf.

22 Der mündige Bürger hat nach zahnärztlicher Aufklärung ein Anrecht auf selbstge-
23 wählte Therapie und Eigenbeteiligung. Der Zahnarzt hat ein Recht auf adäquate Ho-
24 norierung seiner heilberuflichen Tätigkeit. Beschränkte finanzielle Mittel triggern zu-
25 dem den Mitarbeitermangel, da die notwendige adäquate Bezahlung des Pra-
26 xistteams stark gefährdet ist. Sie verhindern des Weiteren notwendige technische In-
27 vestitionen, um dem hohen Standard zahnärztlicher Versorgung auch zukünftig ge-
28 recht werden zu können.

29



1 **4. Bürokratieabbau jetzt**

2

3 Sinnlose Vorgaben und Regulierungen kosten die Zeit, die von der Zahnärzteschaft
4 und ihren Fachkräften für die Therapie der Patienten dringend benötigt wird.

5 Sie verhindern die Niederlassung der jüngeren Kollegenschaft.

6 Dadurch ist die flächendeckende Versorgung schon jetzt nicht mehr gewährleistet.

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

Abstimmung: einstimmig angenommen

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

___ Enthaltungen

Resolution
zu TOP: 7



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 06.07.2024 in Ispringen

Antrags-Nr.: 1 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Punktwerverhöhung GOZ

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert den Verordnungs-
2 geber auf, die seit Jahrzehnten überfällige Punktwerverhöhung in der GOZ endlich
3 vorzunehmen und jährlich adäquat anzupassen.

4

5

Begründung:

6

7
8 Der Verordnungsgeber steht laut §15 Zahnheilkundegesetz (ZHG) in der
9 Pflicht, den Punktwert der GOZ regelmäßig anzupassen.

10

11 Seit Jahrzehnten findet diese Anpassung des Punktwertes nicht statt. In
12 dieser Zeit stieg der Verbraucherpreisindex in Baden-Württemberg um
13 108,6 Punkte.

14

15 Die Einzelleistung wird seit 1965 zum gleichen Honorar erbracht.

16

17 Eine Kompensation der allgemeinen Kostenentwicklung über den Steigerungsfaktor
18 ist nicht zulässig.

19

20 Der Steigerungsfaktor dient nur zur Abbildung von Schwierigkeitsgrad und Zeitauf-
21 wand der erbrachten Leistung.

22

23

24

25

26

Abstimmung: einstimmig angenommen

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

___ Enthaltungen

Antrags-Nr.: 1 zu TOP: 7



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 06.07.2024 in Ispringen

Antrags-Nr.: 2 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: MVZ-Regulierungsgesetz

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar):

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert das Bundesgesund-
2 heitsministerium auf, den Ankündigungen zur Eindämmung des Ausverkaufs der am-
3 bulanten Versorgung endlich Taten folgen zu lassen und unverzüglich ein Regulie-
4 rungsgesetz für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) vorzulegen.

5

6 Der Maßnahmenkatalog des Bundesratsbeschlusses vom 16.06.2023 (BR-
7 Drucksache 211/23) enthält geeignete Regelungen, deren Umsetzung schon mehr-
8 mals versprochen/zugesagt wurde.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

Antrags-Nr.: 2 zu TOP: 7

Abstimmung: einstimmig angenommen

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

1 Enthaltung



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 06.07.2024 in Ispringen

Antrags-Nr.: 3 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: Keine Budgetierung zahnmedizinischer Leistungen

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

- 1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert den Bundestag und
2 den Bundesgesundheitsminister auf, jegliche Budgetierung im zahnmedizinischen
3 Bereich unverzüglich und dauerhaft abzuschaffen.
4 Eine Leistung die erbracht wird, muss auch bezahlt werden.

5
6

Begründung:

- 8
9 Budgetierung ist Rationierung. Dies bedeutet weniger und schlechtere Pa-
10 tientenversorgung und führt zwangsläufig zu höheren Ausgaben im gesam-
11 ten Gesundheitswesen.

12
13
14
15
16
17
18
19
20
21

Antrags-Nr.: 3 zu TOP: 7

Abstimmung: einstimmig angenommen

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

___ Enthaltungen



Landesverband Baden-Württemberg

Landesversammlung 06.07.2024 in Ispringen

Antrags-Nr.: 4 zu TOP: 7

Antragsteller: Landesvorstand

Headline: ePa Haftungsausschluss

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar):

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung des FVDZ Baden-Württemberg fordert den Gesetzgeber
2 auf, die Zahnärzteschaft haftungsfrei zu stellen, wenn der Patient persönliche und
3 behandlungsrelevante Daten verschweigt.

4
5

Begründung:

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19

Antrags-Nr.: 4 zu TOP: 7

Abstimmung: einstimmig angenommen

___ Ja - Stimmen

___ Nein - Stimmen

___ Enthaltungen